

Nachrichten

71-jähriger Mann von Frauen beraubt

Basel. In der Webergasse wurde gestern Morgen kurz nach 4 Uhr ein 71-jähriger Mann von zwei Frauen überfallen. Er wurde unvermittelt von einer oder beiden Frauen zu Boden gestossen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt. In der Folge raubten die Täterinnen dem Mann die Burschaft von mehreren Hundert Franken und flüchteten. Das Opfer wurde im Gesicht verletzt und musste in die Notfallstation eingewiesen werden. Die Kriminalpolizei bittet um Hinweise (061 267 71 11).

Zwei neue Medizinprofessoren

Basel. Der Universitätsrat hat Daniel Pinschewer und Jörg Leuppi zu neuen Professoren an der Medizinischen Fakultät gewählt. Daniel Pinschewer (39) wird Professor für Virologie am Departement Biomedizin und tritt seine Stelle am 1. September an. Seit 2007 hat er an der Universität Genf eine Förderprofessur am Departement für Pathologie und Immunologie inne. Jörg Leuppi (49) ist seit drei Jahren stellvertretender Chefarzt für Innere Medizin am Universitätsspital Basel und wird ab dem 1. März Chefarzt Innere Medizin am Standort Liestal des Kantonsspitals Baselland und Professor. Er forscht vor allem über chronisch-obstruktive Lungenerkrankungen.

Broschüre über das St.-Jakobs-Denkmal

Basel. Eine Broschüre der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte über das St.-Jakobs-Denkmal ist erschienen. Sie beleuchtet die Bedeutung des spätklassizistischen Meisterwerks von Ferdinand Schlöth, heisst es in einer Mitteilung des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD). Die umfassende Restaurierung des Denkmals, das an die Schlacht bei St. Jakob von 1444 erinnert, ist im vergangenen Jahr abgeschlossen worden. Es wurde zudem von einem Zaun umgeben, der die historischen Motive neu interpretiert. Die Broschüre zeigt auch die geschichtlichen Hintergründe auf, die 1872 zur Errichtung des Denkmals führten. Sie kann kostenlos bei der Kantonalen Denkmalpflege am Unteren Rheinweg 26 und im Kundenzentrum des BVD am Münsterplatz 11 bezogen werden.

Handelskammer gegen alle Bundesvorlagen

Basel. Die Handelskammer beider Basel hat die Nein-Parole zu allen drei eidgenössischen Vorlagen vom 3. März gefasst, wie sie mitteilt. Sie lehnt die Volksinitiative gegen die Abzockerei ebenso ab wie den Verfassungsartikel zur Familienpolitik und das Bundesgesetz über die Raumplanung. Die Ja-Parole hat die Handelskammer aber zur kantonalen Vorlage über die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten (siehe Seite 16) beschlossen.



Greifengasse. Die Einkaufsmeile im Zentrum Kleinbasels ist meist belebt, Probleme zeigen sich eher in Seitenstrassen und nördlichen Quartieren. Foto Aissa Tripodi

Viele reden beim rechtsrheinischen Stadtteil mit, doch nur wenige wohnen auch dort

Die falsche Glorifizierung des Kleinbasels

Von Raphael Suter



Heute feiert das Kleinbasel mit dem Vogel Gryff seinen Ehrentag. Schaulustige aus der ganzen Region verfolgen die Marschroute, und die geladenen Gäste nehmen am traditionellen Gryffemähli teil. Dort wird dann das Kleinbasel wieder viel Gesprächsstoff über seine Entwicklung und seine Zukunft liefern. Wie pointiert der abtretende Greifenmeister Walter F. Studer die aktuellen Probleme anspricht, werden wir hören. Er dürfte sich aber kaum so euphorisch äussern wie Nationalratspräsidentin Maya Graf am Barentag, dieser gutgemeinten aber unnötigen Konkurrenzveranstaltung zum Vogel-Gryff-Tag. Damals pries die grüne Nationalrätin aus dem Baselbiet das Kleinbasel als Vorbild für die ganze Schweiz. Wie die Bäuerin aus dem beschaulichen Sissach zu dieser Einschätzung kommt, bleibt ihr Geheimnis. Entweder handelt es sich um typisches Politikergeschwätz oder um Naivität. Da sie nicht im Kleinbasel lebt, kann sie sich wohl auch kaum ein wirkliches Bild von der dortigen Situation machen. Grafs Glorifizierung des Kleinbasels ist

aber beileibe kein Einzelfall. Es müssen nicht gleich Baselbieter Politikerinnen und Politiker sein, die sich ein Urteil über das Kleinbasel anmassen. Auch Grossräte, die auf dem Bruderholz oder im Bachlettenquartier leben, glauben bestens zu wissen, wie es sich im Kleinbasel lebt und welches die dortigen Probleme sind. Meist werden diese jedoch heruntergespielt, und dafür wird das Loblied des gemeinsamen Zusammenlebens zwischen Ausländern und Schweizern gesungen. Das Bild, dass alle harmonisch und ohne Konflikte miteinander umgehen, ist zu schön – und schlichtweg falsch. Besonders peinlich wird es, wenn die Pluspunkte im Kleinbasel hervorgehoben werden. Beispielsweise der Türkenladen um die Ecke, der täglich bis 22 Uhr geöffnet hat. Es ist einfach und bequem, von einer solchen Dienstleistung zu profitieren, mit echter Wertschätzung und der Integration der Ausländer hat das aber gar nichts zu tun. Umso bedenklicher ist es, wenn langjährige Einwohnerinnen und Einwohner des Kleinbasels, die ihre wirklichen Probleme und Ängste ansprechen, als ausländerfeindlich verunglimpft werden. Wer es wagt, das nette Kleinbasler Multikulti-Bild zu zerstören, erntet Kritik und Ablehnung. Ein Ausländeranteil von über 50 Prozent, wenig Wille, sich zu integrieren und die Sprache zu ler-

nen, Kriminalität und Drogenszene sind Tatsachen, mit denen sich die Menschen im Kleinbasel konfrontiert sehen, bei deren Lösung sie sich offenbar aber alleine gelassen fühlen. Der LDP-Grossrat Felix Eymann hat gestern in der Basler Zeitung Klartext gesprochen. Er lebt seit seiner Geburt im

Das Bild, dass alle harmonisch und ohne Konflikte miteinander umgehen, ist falsch.

Kleinbasel und weiss – im Gegensatz zu Maya Graf –, wovon er spricht. Der engagierte Arzt kann auch nicht in die Ecke der Fremdenhasser gedrängt werden. Trotzdem verfolgt er die Entwicklung im Kleinbasel mit ungenuten Gefühlen und fühlt sich von den Behörden im Stich gelassen. Auf baz.ch bekommt er dafür mehrheitlich Lob von Kleinbaslern, die ähnlich denken wie er. Das zeigt, dass es hier schon länger rumort. Manche sind inzwischen offenbar aus dem Kleinbasel weggezogen, andere machen die Faust im Sack. Doch Kleinbasel ist ein Problemfall und kein Vorzeigequartier. Die Probleme der ausländischen wie der einheimischen Bevölkerung dürfen nicht länger

nur durch die rosarote Brille gesehen werden. Natürlich hat das Kleinbasel seine guten Seiten, und das Zusammenleben funktioniert ja auch nicht ganz schlecht. Doch wenn Familien wegziehen, weil sie ihre Kinder nicht in einer Klasse mehrheitlich mit Ausländern sehen wollen, und ältere Paare in ein anderes Quartier wechseln, weil sie sich im Kleinbasel plötzlich als Aussen-seiter fühlen, die ihre Nachbarn nicht mehr kennen, gibt es Handlungsbedarf. Die zuständigen Stellen müssen endlich Gehör für die Anliegen der Kleinbasler haben und diese ernst nehmen. Das wäre ein erster Schritt. Genauso wie die Probleme im Quartier entstehen, müssen deren Lösungen aus dem Quartier kommen. Und das geht nur mit den Anwohnern. Man kann und darf ihnen nicht diktieren, wie irgendwelche Politiker oder Verwaltungsangestellte die Zukunft ihres Kleinbasels sehen wollen. Ich wohne übrigens ebenfalls im Kleinbasel, genauer im Wettsteinquartier. Hier leben auch der frisch gewählte Regierungsrat Baschi Dürr und die ehemalige Regierungsrätin Barbara Schneider. Das Wettsteinquartier ist zum In-Quartier geworden, mit dem richtigen Kleinbasel hat es aber wenig gemeinsam und noch weniger mit diesen Problemen. Deshalb müssen die Betroffenen diese auch offen diskutieren dürfen. raphael.suter@baz.ch

ANZEIGE



«Die RPG-Revision schreckt selbst vor massiven Eingriffen ins Privateigentum nicht zurück. Darum sage ich aus Überzeugung Nein.»

Am 3. März
RPG-Revision
NEIN

Basler FDP gegen Raumplanungsgesetz

Präsident Daniel Stolz will an der Generalversammlung nochmals kandidieren, aber neue Kräfte holen

Von Esther Jundt

Basel. Die Basler FDP hat an ihrer ersten Parteiversammlung im neuen Jahr überraschende Parolen gefasst. Über zwei der vier Vorlagen, die am 3. März zur Abstimmung gelangen, wurde heftig diskutiert.

Umstritten war das Raumplanungsgesetz. Grossrat Andreas Zappalà erläuterte die Vorlage, wollte aber keinen Antrag für eine Parole stellen. Daraufhin entstand eine lebhafte Diskussion über das Für und Wider von Bauzonen- ausnutzung und darüber, ob mit der Vorlage der Zersiedelung der Landschaft Einhalt geboten werden könne. Schliesslich beschloss die Versammlung mit 31 zu 19 Stimmen bei zwei Enthaltungen die Nein-Parole.

Mit dem Bundesbeschluss über die Familienpolitik wolle der Bund in jenen Kantonen aktiv werden, in denen es Lücken bei der Kinderbetreuung gebe,

sagte Sandra Breiter. Sie kritisierte an der Vorlage, dass es keinen Kostenrahmen für die Schaffung von neuen Kinderbetreuungsstätten gebe. Die ganze Vorlage sei vage formuliert. Sie beantragte deswegen der Versammlung, die Nein-Parole zu beschliessen.

Stimmfreigabe zu Familienartikel

Daraufhin kam Widerspruch von anderen FDP-Frauen. Der Verfassungsartikel zur Familienpolitik bringe etwas und werde deswegen von der schweizerischen FDP-Frauensektion unterstützt, sagten sie. Schliesslich lehnte die Versammlung die Vorlage mit 25 gegen 17 Stimmen ab.

Allerdings verlangen die FDP-Statuten, dass eine Parole nur mit einer 60-prozentigen Mehrheit beschlossen werden kann. Die Frauen verlangten deshalb Stimmfreigabe. Dieser Antrag kam schliesslich mit 30 zu 18 Stimmen zustande.

Stefan Brupbacher, der Generalsekretär der FDP Schweiz, sagte zur Abzocker-Initiative, in den letzten Jahren sei kaum ein Thema in der Schweiz so emotional diskutiert worden wie dieses Volksbegehren. Boni-Exzesse müssten verhindert werden, weshalb die FDP den Gegenvorschlag vorziehe. Bei Annahme der Initiative müsse das Parlament eine Verordnung ausarbeiten. Der Gegenvorschlag könne dagegen 2014 in Kraft treten. Mit grossem Mehr wurde die Nein-Parole zur Initiative beschlossen.

Frauenförderung dringend

Auf kantonalen Ebene befindet das Basler Stimmvolk über die Ladenöffnungszeiten am Samstag. Grossrat Christophe Haller sagte dazu, es gehe um zwei Stunden längere Öffnungszeiten am Samstag. Basel solle die gleich langen Spiess erhalten wie die Nachbarn (siehe Seite 16). Der Detailhandel mit seinen rund 10 000 Mitarbeitenden leide unter

dem Euro-Kurs. Nicht überraschend wurde mit grossem Mehr bei zwei Enthaltungen die Ja-Parole zur Anpassung der Ladenöffnungszeiten gefasst.

Parteipräsident Daniel Stolz sagte, die Partei stehe im neuen Jahr vor grossen Herausforderungen. Das bürgerliche Lager sei weiterhin uneins, weil CVP und SVP nicht zusammenarbeiten wollten. Das bürgerliche Lager könne nur Wahlen gewinnen, wenn sich hier etwas ändere.

Die FDP müsse in diesem Jahr einen Generationenwechsel vollziehen. Stolz werde sich an der Generalversammlung Anfang April nochmals als Präsident zur Verfügung stellen, wolle aber neue Kräfte in die Geschäftsleitung holen. Schliesslich erwähnte er die Situation der Frauen. Eine frauenlose FDP-Fraktion sei nicht akzeptabel, sagte Stolz. Die Frauenförderung müsse nun vorangetrieben werden, «sonst werden wir bei den nächsten Wahlen bestraft».